



Föderalismus und Subsidiarität sind auch im Tessin heisse Themen, nachdem die "Stärkung der Gemeinden"-Initiative vom Regierungsrat schon zu Beginn torpediert wird



Im Jahr 2011 fand die 3. Föderalismuskonferenz in Mendrisio statt (Archivbild)

von **Rolf Amgarten**

KRITIK AN EINMISCHUNG DES KANTONS

Zum 70. Geburtstag nahm sich Mitte Oktober die *Coscienza Svizzera* (Bewusstsein Schweiz) auf dem Campus der Tessiner Universität in Lugano dem Thema "Die Schweiz im Herzen Europas leben" mit verschiedenen Arbeitsgruppen, Konferenzteilnehmern und einer Debatte am runden Tisch an. Im jurassischen oder doch eher bernischen Moutier leckt man sich die Wunden. Aufgrund einer Einsprache hat der Präfekt entschieden, dass die Abstimmung für einen Wechsel vom Kanton Bern in den Kanton Jura nicht rechtens sei und deshalb annulliert werde. Das wird den dortigen Konflikt um Selbstbestimmung und freiwilliger Zugehörigkeit wohl kaum abschwächen, wie die Beispiele von Katalonien, Schottland oder Griechenland zeigen, wie es im neusten "Widerspruch"-Halbjahresheft behandelt wird. Dort wird allerdings auch der Schweiz ein eher schwindendes Verständnis für Munizipalismus, Föderalismus und Eigenständigkeit von Gemeinden, Schulen oder Regionalspitalern attestiert. Dies könne den Föderalismus abschwächen, der von unten gewachsen sei und eigentlich ein Erfolgsrezept darstelle. Auch

die Linke und die Grünen zeigten in wichtigen sozialen Themen viel Verständnis für die politischen Zentralisierungsbestrebungen. Ihnen raten die "Widerspruch"-Autoren an, über die Bücher zu gehen, die eigene Verantwortung wahrzunehmen. Die EU wird kritisch angegangen, weil sie keine Union der Regionen geworden ist, wie sie sich ihr geistiger Vater Denis de Rougemont gewünscht hatte. Aber auch kleine Lebensgemeinschaften tendieren zum Zentralismus. Aktuellstes Beispiel aus dem Tessin dafür ist der zwischen den Gemeinden und dem Kanton ausgebrochene Zwist. Hierzu verhielt sich der Staatsrat eher autoritär, finden die Gemeindevertreter.

Anfangs November dieses Jahres haben die drei Gemeinden Canobbio, Melide und Vernate eine parlamentarische Initiative lanciert. Darin wird verlangt, dass die bisher von Gemeinden jährlich ans Kantonsbudget geleisteten 25 Millionen Franken auf rund 13 Millionen Franken reduziert und das Gesetz dazu entsprechend modifiziert wird. Damit die Initiative zustandekommt, muss mindestens ein Fünftel der Gemeindeparlamente dem zustimmen. Gehen wir heute von 115 Gemeinden aus, wären das also 23 Gemeindelegislativen. Schliesslich seien sechs Jahre der Finanzhilfe der Gemeinden als Hilfe für die Sanierung der Kantonskasse von insgesamt

150 Millionen Franken genug. Begründet wird der Vorstoss einerseits damit, dass der Kanton im letzten Jahr 80 Millionen Plus gemacht habe und für dieses Jahr 90 Millionen Plus erwartet werden. Dementgegen gingen den Gemeinden durch die Zwangsabgabe wichtige Gelder für das direkte Wohl der Bürgerinnen und Bürger verloren. Andererseits habe der Kanton bei der Aufgabenverteilungsreform zwischen ihm und den Gemeinden den Bremsklotz eingelegt habe. Die Kantonsvertreter wiederum bestreiten die Daten und verweisen sowohl auf die geplante Finanzreform des Bundes, bei dem Kanton und Gemeinden Gelder verlören sowie auf die Verwaltungsre-

form 2020, die eben die finanzielle Beziehung zwischen Kanton und Gemeinden kläre. Was nun aber den Gemeinden als anmassende Einmischung in den demokratischen Prozess und den Föderalismus aufstösst, ist der Umstand, dass die Kantonsregierung und die Gemeindeaufsichtsbehörde sich frühzeitig in diesen basisdemokratischen Prozess einmischen und an alle Gemeinde-Exekutiven einen Brief versandt haben, mit sie zur Ablehnung der Initiative auffordern. Nun ist es aber so, dass die *Municipi* den Antrag auf Gesetzesreform an ihre Gemeindeparlamente weitergeben müssen, da jene zu entscheiden haben. Hinzu kommt, dass es weder einer Sektion noch dem Regierungsrat unterstehe, so frühzeitig in einen demokratischen Prozess einzugreifen, um ihn gar zu verhindern. Dazu steht eine kritische Anfrage von Grossräten an die Regierung. Diese kritisieren auch, dass es wohl nicht Aufgabe der Gemeindeaufsichtsbehörde sei, einen Prozess zur Verbesserung der Gemeindefinanzen zu unterbinden. Genau dafür sei sie ja zuständig.

Sonderzone: Föderalismus auf Italienisch

Die Region Verbano-Cusio-Ossola (VCO), für die ein Komitee die Abspaltung von der Provinz Piemont und den Anschluss an die Provinz Lombardei gewünscht hatte, bei der Abstimmung am nötigen Quorum gescheitert war, sucht nach anderen Wegen für mehr Autonomie und Selbstbestimmung. Wenn der institutionell-politische Weg versperrt sei, solle man es über die Ökonomie versuchen. Der diesbezügliche Gesetzesentwurf sieht die Schaffung einer Sonderzone für die Region vor. Diese Zone soll rund zwanzig Kilometer von der Grenze zum Wallis und zum Tessin ins italienische Staatsgebiet hineingreifen. In diese Zone sollten nicht nur italienische sondern auch ausländische, besonders Schweizer Investoren, gelockt werden, zeigen sich die Regionalpolitiker überzeugt. Konkret sollen in dieser wirtschaftlichen Sonderzone die Abgaben, Steuern etc. tiefer ausfallen als im Land rund herum. Steuererleichterungen für tiefere Löhne sollen erreichen, dass die Grenzgängerei etwas weniger attraktiv werde. Denn damit habe man sein Schicksal nur auf ein Bein gestellt. Hingegen sollen Firmen, die sich in dieser Zone ansiedeln, viele Begünstigungen erhalten. Damit wolle man Arbeitsplätze wieder in die Region VCO holen. Nun muss diese Idee vorerst aber durch die politischen Instanzen. **ra**

Fusionsidee von unten als Ideal

Am Wochenende vom 25. November gehen die Bürgerinnen und Bürger von vier Malcantone-Gemeinden an die Urne. Sie sollen dann entscheiden, ob sie eine neue Grossgemeinde Tresa wollen. Einige Gemeindeglieder fühlen sich aber nicht abgeholt von diesem Fusionsprojekt und sehen darin bloss eine leere Schachtel ohne konkrete Inhalte. Eine Fusion, welche gar den Innendepartementsvorsteher Norman Gobbi von der Lega als Regierungsrat veranlasste, als Gastkolumnist in der Tageszeitung "Corriere del Ticino" vom 3. November Stellung zu beziehen, weil ihn eine Person aus dem Malcantone gefragt habe, weshalb er diese Fusion unterstütze. Vorerst, weil es eine Fusionsidee von unten sei, von der Gemeinde, schreibt Gobbi. Denn nur solche Fusionen seien erfolgversprechend, welche aus den Gemeinden kommen. Dies würde bestens ins Konzept des Föderalismus und des Subsidiärprinzips passen. Was die untere politische Einheit regeln kann, soll ihre Aufgabe bleiben. Nicht immer so bestimmt tritt der Regierungsrat für das Prinzip "von Unten nach Oben" ein. Im Streit um "starke Gemeinden" sieht der Kanton sein Interesse nicht in jedem Fall gewährt (siehe Hauptartikel). **ra**

Schweizer Föderalismus und seine Feinde

Der aktuelle 'Widerspruch Nr. 71' handelt von Souveränität, Föderalismus und Autonomie ab. Dabei greift die Halbjahreszeitschrift mit linker Optik sowohl Problemstellungen der Schweiz als auch solche des Auslands auf. Ausländische Versuche zu mehr Autonomie oder Föderalismus sind beispielsweise Griechenland, Spanien mit Katalonien, Schottland und Nordirland sowie Rojava, das kurdische Autonomiegebiet in Syrien, welches von den Türken angegriffen wird. Unter dem Stichwort "Munizipalismus" wird untersucht, wie stark beispielsweise die aktuelle Europäische Union die regionale Selbstbestimmung fördert oder eher verhindert. Ein Thema, das uns als Abstimmungsvorlage beschäftigt. Preis: CHF 25.- ISBN 978-3-85869-801-8